

# Attacke auf Männerbastion IHK

Frauen der Landtagsfraktionen SPD, Grüne und Linke wollen mehr Gleichberechtigung in Führungsgremien der Kammern

Matthias Korfmann

Düsseldorf. Linke, Grüne und SPD in NRW blasen zur Attacke auf eine große Männerbastion, die Industrie- und Handelskammern (IHK). Die seien reine Herrenvereine, und das müsse man ändern. Tatsächlich gibt es unter 32 IHK-Präsidenten und Hauptgeschäftsführern nur eine Frau. Die ehrenamtlichen Gremien sind keine Spur weiblicher. Das Landesgleichstellungsgesetz, glaubt die Politik, werde eklatant missachtet.

Die Initiative zu einer weiblicheren IHK geht von einem

Mann aus: Stefan Jauernig, Unternehmer und Mitglied der IHK zu Köln. Jauernig plädiert für ein neues IHK-Gesetz, das sich an der Organisation der Bundesbank orientiert. Wünschenswert sei eine IHK-Zentrale als Körperschaft öffentlichen Rechts. An diese seien regionale Außenstellen anzuschließen.

Bisher existieren 16 regionale Kammern nebeneinander. Die Leitung einer IHK-Zentrale könnten sich ein Mann und eine Frau teilen. Weiterer Vorteil: Eine zentrale IHK erleichtere die Rechnungsprüfung und garantiere insgesamt

mehr Transparenz. Für die Linken ist der Fall klar. Kleine Reformen reichen nicht, das IHK-Gesetz gehört auf den Prüfstand. „In den IHK gibt es keine Gleichstellung“, findet Fraktionsvorsitzende Bärbel Beuermann. Auch die Grünen sehen „dringenden Handlungsbedarf, die IHK frauenfreundlicher zu gestalten.“

Daniela Schneckenburger, die wirtschaftspolitische Sprecherin der Grünen, bekundet ihre Sympathie mit den Reformplänen: „Die Diskussion

»Die IHK sollten sich für Frauen und auch Migranten öffnen«

muss endlich in Gang kommen. Es gibt viele Unternehmerinnen in kleinen und mittelständischen Betrieben, die nach vorne drängen. Die IHK sollten das abbilden und sich für Frauen und übrigens auch für Migranten öffnen.“

Gerda Kieninger (SPD) erinnert wie Schneckenburger an den Koalitionsvertrag: „Wir wollen die Durchsetzungskraft des Landesgleichstellungsgesetzes stärken. Da könnte man die IHK mit einbeziehen. Wenn es in NRW nur eine einzige IHK-Geschäftsführerin gibt, muss et-



Daniela Schneckenburger, wirtschaftspolitische Sprecherin der Grünen. Foto: Knut Vahlensieck

was geschehen“, meint die frauenpolitische Sprecherin der SPD im Landtag. Kieninger beobachtet aber auch bei diesem Thema „eine gewisse Skepsis“ innerhalb der IHK.

„Stimmt“, bestätigt Ralf Mittelstädt, Präsident der IHK-Kammervereinigung NRW: „Was die Gleichstellung betrifft, sehen wir keine Notwendigkeit, etwas grundsätzlich an der Struktur der IHK zu verändern. Aber natürlich gibt es Diskussionen in den regionalen Gremien, wie man den Frauenanteil erhöhen könnte.“ Eine Quote könne da aber nur bedingt funktionieren. „Die Zahl der Bewerberinnen ist so klein“, sagt Mittelstädt. Das ehrenamtliche Engagement koste Zeit.

Kommentar Seite 2

## IHK-FRAU

### Was Britta Feiler sagt

Britta Feiler, einzige Frau im Präsidium der IHK Dortmund, hält nicht viel von Quoten. „Zunächst ist die Kompetenz wichtig.“ Aber natürlich wäre mehr Weiblichkeit eine Bereicherung für die Kammern. Mehr diplomatisches Geschick und Empathie könnten dort nicht schaden.

## Kommentar

### Frauen in der Wirtschaft

## Quote bringt nichts

Frank Meßing

**F**rauen in Führungspositionen von Unternehmen sind Mangelware. Das schlägt sich auch in der Zusammensetzung der Interessenvertretungen nieder. In Wirtschaftsverbänden und Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern geben Männer den Ton an. Das sollte sich rasch ändern.

SPD, Grüne und Linke irren aber, wenn sie die Kammern im Lande mit einer Frauenquote weiblicher machen wollen. Das mag in Parteien oder Gewerkschaften funktionieren, nicht aber in der Wirtschaft. Unternehmer wählen ihre Mitglieder in der IHK-Vollversammlung selbst, die Vollversammlung das Präsidium und das Präsidium die Hauptgeschäftsführer. Da kann das Land das Gleichstellungsgesetz noch so stark verschärfen: Wenn es nicht genügend Frauen gibt, die sich überhaupt zur Wahl stellen, wird es in absehbarer Zeit nicht mehr Präsidentinnen und Hauptgeschäftsführerinnen in den Kammern geben (können).

Politik sollte sich stattdessen Gedanken machen, wie sie etwa mit Kinder-Betreuungsangeboten Anreize für Frauen schafft, den Sprung an die Spitze von Unternehmen zu wagen. Und Wirtschaft muss Frauen ernsthafter Chancen einräumen als bisher.